Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A (ohne „Wochenschau") in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 2 Mk. 10 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 2 Mk. 10 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 2 Mk. 52 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 84 Pfg. — Ausgabe B (mit „Wochenschau") vierteljährlich 60 Pfg. mehr.
Fernspr.: Redaktion u. Verlag Nr. 2448, 2449 u. 2450. Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 73.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 44 094 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 35 mm breit, 12mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pf., aus der Stadt Münster 15 Pf. (Für Aktiengesellschaften rc., Vereine und Behörden 25 Pf.
Reklamen: Der Raum für die Reklamespalte, 87 mm breit, 30mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt u. kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. Sonntag, 15. Juli 1917. 66. Jahrgang. Nr. 497.

Zum Kanzlerwechsel.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Eine Sonderausgabe des Reichs-Anzeigers gibt die Erteilung der nachgesuchten Entlassung an den Reichskanzler bekannt unter Verleihung des Sternes des Großkomturs zum Königl. Hausorden von Hohenzollern und die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis zum Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, ferner ein Handschreiben des Kaisers und Königs an den scheidenden Reichskanzler, worin es heißt:

„Mit schwerem Herzen habe ich mich entschlossen, Ihrer Bitte um Enthebung von Ihren Ämtern durch Erlaß vom heutigen Tage zu entsprechen. Acht volle Jahre haben Sie die verantwortungsvollen höchsten Ämter des Reichs- und Staatswesens mit vorbildlicher Treue geführt und Ihre hervorragende Kraft und Persönlichkeit in den Dienst von Kaiser und Reich, König und Vaterland gestellt. Gerade in der schwersten Zeit, die je auf den deutschen Landen und Völkern gelastet hat, in der es sich um Entschließungen von entscheidender Bedeutung für das Bestehen und die Zukunft des Vaterlandes handelt, haben Sie mir mit Rat und Tat unermüdlich zur Seite gestanden. Ihnen für all Ihre treuen Dienste meinen innigsten Dank zu sagen, ist mir ein Herzensbedürfnis."

v. Bethmann Hollweg.

Der Kanzlerwechsel ist nun vollzogen. Man muß es Herrn v. Bethmann-Hollweg lassen, er hat sich bis aufs äußerste gewehrt, um seine Arbeitskraft dem Lande zu erhalten, hat geglaubt, ein ganzes Ministerium kraftvoller Persönlichkeiten überleben zu können und hat mit der Energie, die so oft in anderen Dingen von ihm gefordert wurde, seine wandelbare Politik verteidigt. Aber als er der Parteien Urteil und Gunst anrief, trat er auf unsicheren Grund und mußte erkennen, daß eine reservierte Haltung, die durch den Krieg bedingt war, weit entfernt ist vom Vertrauen zu seiner Politik, und daß man wohl in seinem Amte, nicht aber in seiner Person die berufene Führung des Volkes erblickte. Der Gegensatz militärischer Stellen, der seinen Ausdruck fand in dem Entlassungsgesuch des Kriegsministers, des Vertrauensmannes der Obersten Heeresleitung, tat ein letztes, seine Stellung unhaltbar zu machen. Und so schied er.

Es ist heute nicht an der Zeit, uns in die Einzelheiten seiner Politik zu verlieren, jener inneren Kämpfe zu gedenken, die schon vor dem Kriege sich bipielten und die Entwickelung vorbereiteten, die jetzt mit Windeseile sich vollzieht. v. Bethmann-Hollweg hatte wohl einen Blick für das Hauptbegehren der Linken und für die gefahrvolle Lage. Er verstand schon, um was es sich bei ihm immer stürmischeren Forderungen handelte, aber er besaß nicht die Kraft, ihr entgegenzutreten. Durch schrittweises Nachgeben suchte er die Konflikte zu beseitigen und zu mildern, ohne zu bedenken, daß er damit keine Abwehr, keinen dauernden Erfolg erzielen konnte. Oder aber erkannte er, der für historisch-politische Zusammenhänge wohl Verständnis und Gefühl hatte, doch in vollem Umfange, daß er im inneren jenen Drängern näher stand, als er zugeben wollte und nach seiner Vergangenheit im preußischen Ministerium zugeben konnte? Unverständlich ist sonst die Haltung des Kanzlers, trotz des Mangels an Entschlußfähigkeit und an Mut zur Tat. Solange er Kanzler, solange herrschte Sorge um den Föderalismus und die Selbständigkeit der Bundesstaaten und solange dauerte auch der Druck der Sozialdemokratie aus dem Reichstage, um durch ihn ihr Ziel in Preußen zu erreichen. Es ist ein eigenes Geschick, daß derselbe Herr v. Bethmann-Hollweg, der kurz nach einer Berufung zum Minister des Innern im Jahre 1906 von der Linken als vollständig ungenügend verdammte Ahlreform verteidigte, zehn Jahre später als letzte Regierungshandlung den Erlaß mit der Ankündigung des gleichen Wahlrechts für Preußen unterzeichnete. Dieser Gegensatz kennzeichnet seine ganze Politik. Er, der persönlich ein disziplinierter, dem Forschen zugewandter Mann war, hatte nicht politischen Grundsätze und die politische Festigkeit, die in einen festen Weg vorgezeichnet hätten. So suchte er lediglich durch Nachgiebigkeit die Linke für sich zu gewinnen, ob die offen liegenden nationalen Kräfte der Rechten dem Reich nutzbar zu machen und sich so in die Lage zu versetzen, Spiele zu benutzen. Die Entwickelung der Sozialdemokratie zur positiven und zur Regierungspartei, das war der idealistische Traum, dem er nachging.

In den Tagen, als er aus dem Amt schied, mußte er sehen, daß auch dieses Streben ihm keine Freunde gebracht hatte. Die Sozialdemokraten, die ihm viel verdanken, hatten nur die kalte Bemerkung für ihn, daß mit dem Kanzler gleichgültig sei, und die laue Freundschaft der Freisinnigen, die kaum wagten, für ihn einzutreten, wo alles, was er an Gewinn aus dem Reichskanzlerpalais nahm.

Was uns aber in der Gegenwart ist minder interessiert: seine auswärtige Politik steht seinen Marokkotagen im Vordergrunde der Kritik. Als er, heraus dem Ministerium des Innern hervorging, und als Philosoph genannt wurde, nach der Übernahme des Kanzleramtes erklärte, er werde die auswärtige Politik leiten, erte das allgemein Staunen, das im Laufe der Jahre immer mehr eine Täuschung geworden ist. Die Marokko-Aktik brachte eine scharfe Auseinandersetzung im Reichstage, der der konservative Führer v. Heydebrandt die Ideen Herrn v. Bethmann-Hollweg zerpflückte und unter dem Fall des Kronprinzen die Verständigungspolitik mit Engd einer ebenso vernichtenden wie zutreffenden Kritik unter. Herr v. Bethmann-Hollweg, der gegen Angriffe immer ihr empfindlich war und es nie verstanden hat, mit Herrn. Heydebrandt und den Konservativen nach jenem Zusammenstoß eine Verbindung wiederherzustellen, hat sich damals nicht gescheut, diese ausgezeichnete Rede eine Wahlrede zu nennen. Vielleicht hat er, als seine Politik zusammenbrwie ein Kartenhaus, Herrn v. Heydebrandt im Innerum Entschuldigung gebeten, um dann gleich sein Konto s neue zu belasten mit jener Erklärung an Belgien, dienen wohlüberlegten Plan der Feinde als unsere Schuldscheinen ließ. Was später folgte, steht in frischer Erinnerubei uns. Das Zögern gegen Rumänien, die Verzögerung del-Bootkrieges, die Rücksicht auf Amerika, das schon längst ar Feind war, Dinge in Norwegen, zu denen wir den Kopfsüttelten, Angebote und Zurückweisungen, die unbegreif sind. Nirgendwo das Ausnutzen eines gegebenen Anblicks und immer nur die Armee und die Flotte als Retter einer unglücklichen Politik.

Man kann nicht leugnen, daß es Herrn Bethmann Hollweg trotzdem häufig gelungen ist, dank a glänzenden Rednergabe und einer geschickten Zusammensing nachträglich Stimmung für sich zu machen. Aber die Dauer mußte dieses System versagen. Immer meschwand das Vertrauen und immer deutlicher kam die Cuntnis, daß zielbewußtes Arbeiten und Durchführen dieseManne nicht beschieden sei. Auch wir, die seiner Persönkeit gerecht werden, und die ihm ein hohes Maß von Vatwortungsgefühl, ein tiefes und reiches Wissen, überzeu Idealismus und mancherlei Vorzüge persönlicher in vollem Maße zuerkennen, mußten in seiner Politikmer mehr eine Gefahr und eine Erschwerung der Verhälle erblicken. Er, der berufen gewesen wäre, eine glänzende schichte der Politik dieses Krieges zu schreiben, war genötigie Politik des Krieges zu machen. Das war sein Ung und unser Unglück. Zurückschauend, würde er diese Zeitd die Zeit ihrer Vorbereitung mit glänzender Feder und onierender Tiefe geschildert haben; aber sie in der Gegenrt zu meistern, dazu fehlte ihm Kraft und Entschluß, unrum wird das ganze Urteil der Geschichte über ihn lautenz er der Größe seiner Zeit nicht gewachsen war.

Und wir?

Die vergangenen Tage haben eine sprunghafte Entwickelung unseres politischen und Verfassungs-Lebens nach links gebracht, der für jede Partei, mag sie Ziele verfolgen, wie sie will, von der größten und nachhaltigsten Bedeutung ist. Die Linke hat ungeheure Zugeständnisse erhalten, die sie selbst aber nur als den Anfang einer Entwicklung ansieht, keineswegs als die Vollendung. Eine der Folgerungen, die erste, sagt sie, haben wir erhalten, und vieles muß noch folgen. Das „Berliner Tageblatt" fordert heute, daß der Nachfolger des Herrn v. Bethmann-Hollweg in seiner Person und sofort in seinen Taten die Gewähr dafür bieten müsse, daß das, was der gestürzte Kanzler dem deutschen Volke nicht bringen konnte, nun ohne Zaudern und Halbheit durchgeführt werden soll. Der „Vorwärts" stellt seine Forderungen auf und sagt dann: „Natürlich bedeutet das alles eine fundamentale Veränderung der Reichsverfassung. Aber auch die Reichsverfassung muß sich der Entwickelung anpassen." Diese Ausführungen zeigen klar, daß es kein Halten gibt in den Forderungen.

Für uns ergibt sich die Frage: Wie stehen wir zu diesen Dingen, und wie werden wir von ihnen betroffen?

Die Forderung des „Vorwärts" einer „fundamentalen Veränderung der Reichsverfassung", die den Zweck haben soll, die Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands durchzuführen, steht schon im vollen Widerspruch mit den Grundsätzen und den Traditionen des Zentrums. Das Zentrum war von jeher Verfassungspartei. Die föderative Grundlage des Staates war ihm ein hohes Vermächtnis der geschichtlichen Entwickelung und des Charakters des deutschen Volkes. Von Windthorst bis Spahn haben alle Parteiführer die Wahrung und den Schutz der Verfassung als eine wichtige Aufgabe des Zentrums angesehen und bezeichnet. Vor allem ließ auch der zweite, noch lebende Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der jetzige Ministerpräsident Bayerns, Graf Hertling, nie eine Gelegenheit unbenutzt, er hielt keine Rede, ohne die Erhaltung der föderativen Grundlage des Reiches und den Schutz der Verfassung als Programmpunkte des Zentrums zu unterstreichen.

Heute sehen wir, daß die Linke Sturm läuft gegen diese Verfassung, daß die Sozialdemokraten eine „fundamentale Veränderung der Reichsverfassung" als etwas selbstverständliches fordert. Der Reichstag soll sich durch den Einwurf bundesstaatlicher Bedenken und durch partikularistische Drohungen (!) nicht irre machen lassen, schreibt der „Vorwärts" und sagt somit klar, daß er die föderative Verfassungsgrundlage zu respektieren nicht für nötig hält. In diesen turbulenten Zeiten wird der Hinweis auf diese Gegensätze unseren Freunden zum Bewußtsein führen, daß uns doch ein ungeheurer Raum von jenen trennt, die heute des Reiches Fundament ihrer Parteiforderung wegen ausgraben wollen.

Und da wird es Zeit, daß auch wir uns fragen: Wie sichern wir uns und unsere Grundsätze, von denen wir nicht lassen können und wollen?

Wir haben solche Dinge auch in Preußen in reichem Maße, und wenn wir uns fragen, wie werden die neuen Ereignisse, wie wird insbesondere das gleiche Wahlrecht auf diese Fragen einwirken, so dürfen wir uns von vornherein der Erkenntnis nicht verschließen, daß wir in Preußen mit der Möglichkeit einer Linksmehrheit zu rechnen haben. Werden wir mit dieser Linksmehrheit unsere Ziele und Aufgaben erreichen können? Greifen wir nur ein Wichtiges heraus, um zu erkennen, daß wir in Konflikt mit ihr kommen müssen. Die Linke wird mit uns allerdings für eine Aufhebung der Ordensbeschränkung stimmen, weil sie grundsätzlich Ausnahmegesetze nicht bestehen lassen will. Wie weit sie dann in der Zulassung der Ordensniederlassungen gehen wird, das wollen wir dahingestellt sein lassen. Sicher ist aber, daß sie unseren Ansprüchen auf Erhaltung der konfessionellen Schule kein Verständnis, sondern absolute Gegnerschaft entgegenbringen wird. So lange wir eine Mehrheit gegen sie bilden können, haben wir einen Schutz in uns und der Rechten. In dem Augenblick aber, wo die Linke aus sich eine Mehrheit zu bilden in der Lage ist, werden wir überstimmt werden und das Ende des alten Preußen wird auch das Ende der konfessionellen Schule sein. Was das für uns bedeutet, darüber ist kein Wort zu verlieren. Eins der größten Ziele, das wir hatten, geht damit verloren.

Wie sollen wir uns dagegen schützen? Das Erste wird selbstverständlich sein müssen, daß wir die Partei zu stärken suchen, wo wir können, daß wir vor allem auch den preußischen Angelegenheiten ein erhöhtes Interesse entgegenbringen und nirgendwo eine Chance unbenutzt lassen, die uns förderlich sein kann. Zum andern aber werden wir von der Regierung erwarten müssen, daß sie nicht bloß Forderungen der Sozialdemokratie kennt, sondern auch andere große Parteien berücksichtigt, und wir meinen, daß es an der Zeit ist, die Forderung an die Regierung zu erheben und auch an die künftige Regierung, daß sie den grundlegenden Forderungen der Zentrumspartei Rechnung trägt, daß sie vor allem die Verfassung zu schützen und in Preußen die konfessionelle Schule zu erhalten sich verpflichtet. So gut wie die Linke an den kommenden Kanzler schon heute Forderungen stellt, so gut haben wir das Recht auch unsererseits, Forderungen zu erheben, nicht auf Vorteile, nicht auf Neuerungen, sondern auf Wahrung kostbaren Gutes, das uns heiliger Besitz ist. Unsere Aufgabe kann nicht blos darin bestehen, der Linken die Wege zu ebnen, wir haben auch die Pflicht, an unsere Grundsätze zu denken und ihre Erfüllung zu sichern. Wo die Linke nur fordert und in reichem Maße erhält, wollen wir nicht bloß Opfer sein.

Der neue Reichskanzler in der Presse.

Der neue Reichskanzler Dr. Michaelis ist der Öffentlichkeit nur aus seiner Tätigkeit während des Krieges in der Reichsgetreidestelle und als Kommissar für Volksernährung bekannt. Er hat, wie wir schon in der Abendausgabe hervorhoben, in diesen Stellungen ein großes Maß von Energie gefunden, das zu Hoffnungen für seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsregierung berechtigt. Viel mehr läßt sich daraus für seine kommende verantwortungsvolle Tätigkeit nicht folgern, aber einstweilen genügt das auch, um ihn vor jedem Mißtrauen zu bewahren. Das scharf geschnittene Gesicht des neuen Reichskanzlers, die markante Sprachweise drücken auch äußerlich Energie aus, die ihm innewohnt, und die ihm aus seiner ganzen Karriere nachgerühmt wird. In den kurzen Besprechungen, die die Berliner Abendpresse ihm widmet, wird auch hauptsächlich auf diese Eigenschaft hingewiesen, und man kann feststellen, daß seine Begrüßung im ganzen eine abwartende, aber durchaus zuversichtliche ist. Übertriebene Erwartungen, die doch nichts als Vorschußlorbeeren wären, sind es hier erfreulicherweise nicht, und der Reichskanzler wird sie selbst nicht erwarten. Ein Mann der Tat, wird er nicht viele Worte erwarten über das, was in der Zukunft liegt. So wie das deutsche Volk von ihm Taten erwartet, wird er vom deutschen Volke nicht mehr erwarten, als ruhiges Vertrauen und die Bereitwilligkeit, vertrauensvoll mit ihm zusammen zu arbeiten. Das wird ihm von allen Seiten, von rechts und von links — sozialdemokratische Pressestimmen liegen uns noch nicht vor — zugesagt.

Die „Germania" sagt von ihm: Die Lösung der Kanzlerkrise bringt einen Mann an die Spitze der Reichsleitung, der sich während des Krieges in einer der verantwortungsvollsten Stellen aufs beste bewährt hat. Mit großer Energie und glücklicher Hand hat er die Getreidebeschlagnahme und Mehlverteilung durchgeführt und dabei auch die Mitarbeit der Presse zu gewinnen gewußt. Politisch ist der neue Reichskanzler bisher nicht hervorgetreten. Die Parteien werden sein Programm und seine Tat abwarten müssen, ehe sie zu ihm Stellung nehmen können."

Die „Deutsche Tageszeitung" führt aus: Der neue Kanzler hat sich in seiner juristischen wie in seiner Verwaltungstätigkeit als ein Mann von reichem Wissen, großen Fähigkeiten und starker Willenskraft erwiesen. Seine ungewöhnliche Laufbahn findet darin ihre Erklärung. Wiederholt ist er mit besonderen Aufgaben betraut worden, so mit der Sanierung des Weinbaues im Rheinlande und mit der Durchführung des Obergesetzes. Auch später ist seine Tätigkeit ganz vorwiegend wirtschaftlicher Natur gewesen. Eine ausgeprägte politische Haltung hat er bisher nicht eingenommen. Er gilt als ein Beamter mit starkem Gefühl für die Staatsautorität, der deshalb in staatspolitischer Hinsicht gemäßigt konservativen Auffassungen nahesteht. Aus den Anfängen seiner Tätigkeit als Staatskommissar ist der Ausspruch in Erinnerung, daß er eine starke Verfütterung von Brotgetreide als erwiesen annehme. Wir haben schon kürzlich erklärt, daß wir annehmen können, Herr Dr. Michaelis werde nach der inzwischen durchgeführten näheren Untersuchung der Verhältnisse jetzt einen solchen Ausspruch kaum mehr tun. Auch im übrigen haben wir Grund zu der Vermutung, daß der bisherige Staatskommissar sich von dem guten Willen nicht nur der landwirtschaftlichen Führer, sondern auch der großen Masse unserer Landwirte überzeugt habe. Auch abgesehen davon treten wir dem neuen Reichskanzler mit voller Unbefangenheit gegenüber. Wie man uns sagt, gehe sein Programm als Kanzler vor allem dahin, die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes zu fördern und die deutsche Einigkeit im Festhalten an unsere bewährte Bündnispolitik kraftvoll nach außen zu betätigen. Wir müssen natürlich seine Tätigkeit abwarten, aber wir können sagen, daß wir gern bereit sind, ihn bei der Durchführung eines solchen Programms zu unterstützen."

Die „Tägliche Rundschau" sagt: „Wir begrüßen diese Wahl unseres Kaisers und glauben, daß das Volk und die Parteien ihm mit vollem Vertrauen entgegenkommen werden. Wir haben in Dr. Michaelis eine Hindenburg und dem Generalquartiermeister Ludendorff verwandte Natur, eine in sich gefestigte christliche und deutsche Persönlichkeit von großem Wissen, ungewöhnlicher Tatkraft und reichstem Wollen. Wir sehen in ihm den rechten Mann am Steuerruder, der sich wie in allen bisherigen Ämtern, so auch in dem neuen wichtigsten rasch das Vertrauen aller gewinnen und mit Gottes Hilfe segensreich wirken wird."

Die „Freisinnige Vossische Zeitung" macht geltend, daß er bei sämtlichen Parteien von rechts und links Sympathien genieße und zielbewußte Energie und starkes Können besitze, das sich bereits erwiesen habe. In allen seinen Stellungen, so sagt das Blatt, hat sich Michaelis als ein Mann von ungewöhnlicher Tatkraft und scharfem Willen gezeigt. Dabei ist er ein Arbeiter, der nie ermüdet und an dem die anstrengendsten Verhandlungen und schärfsten Debatten fast spurlos vorübergingen. Seine besonderen Fähigkeiten wurden vor allem während seiner Tätigkeit als Oberpräsidialrat in Breslau erkannt, und seine Ernennung unmittelbar von diesem Posten zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium war ein Beweis dafür, wie hoch man ihn schon damals einschätzte.

Das „Berliner Tageblatt" begrüßt ihn mit einigem, vielleicht bei der Art des Blattes begreiflichen Zweifel. Es sagt: Er kann sich ausgezeichnet bewähren, er kann der richtige Mann, kann der beste aller verfügbaren Männer sein. Die Ansichten über ihn, über seine Fähigkeiten, über seine politischen Ideen und über seine politischen Beziehungen gehen sehr weit auseinander, und nur das war auffallend, daß er gestern als einzig brauchbarer Kandidat in einem Blatte gefeiert wurde, das jeden Erneuerungsgedanken tobend bekämpft, und die Wünsche der schwerindustriellen alldeutschen Kreise auszudrücken pflegt. Der großen Öffentlichkeit ist er nur durch die vortreffliche sehr energische Rede bekannt geworden, die er im März im Abgeordnetenhause zur Ernährungsfrage hielt.

Diese merkwürdige Art des „Berliner Tageblatts", von vornherein Mißtrauen gegen den Kanzler zu säen, findet ihre Ergänzung darin, daß es die Reden des Ernährungskommissars Dr. Michaelis kurz nach seiner Ernennung abdruckt, die damals beträchtliches Aufsehen erregten. Wir können nicht finden, daß ein solches Verfahren der inneren Einigkeit und Geschlossenheit dient, ebenso wenig wie die Forderungen, die das Blatt dem neuen Reichskanzler sofort präsentiert.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 14. Juli. (Eig. Meldung.) Graf Brockdorff-Rantzau, der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, war bis jetzt als Gesandter in Kopenhagen, und man kann sagen, daß er sich dort viele Anerkennung erworben hat. Er steht im Alter von 48 Jahren. Nach Vollendung seiner Studien im Jahre 1894 war er Referendar am Oberlandesgericht in Kiel und ging später zur diplomatischen Laufbahn über. Er war dann Attachee bei der Gesandtschaft in Brüssel und später Sekretär bei der Botschaft in Petersburg. 1900 kam er als zweiter Sekretär nach Wien und nach drei Jahren als erster Sekretär nach dem Haag, um aber bereits im folgenden Jahre als Botschaftsrat nach Wien zurückzukehren. Sein nächster Posten war der eines Generalkonsuls in Budapest. Er hat somit den größten Teil seiner Laufbahn in der österreichisch-ungarischen Monarchie verbracht. Seit Juni 1912 war er deutscher Gesandter in Kopenhagen, und es ist bemerkenswert, daß er einer der wenigen Diplomaten ist, die der Krieg nicht von ihren Posten hinwegefegt hat. Man kann daraus nur eine Anerkennung an maßgebender Stelle folgern, die auch dadurch bestätigt wird, daß er es verstanden hat, ohne besondere Reibungen in den drei Jahren des Krieges seinen keineswegs leichten Posten zu verwalten. Er gilt als liebenswürdiger und entgegenkommender Diplomat, aber als fester und energischer Politiker.

(Siehe auch zweite Seite.)

Die amtlichen Berichte der Feinde.

Englischer Heeresbericht vom 13. Juli, abends: Feindliche Abteilungen, die sich unseren Linien westlich von Queant in der Morgenfrühe näherten, wurden zerstreut. Erfolgreiche Bombenunternehmungen nachts vom 11. Juli zum 12. Juli gegen die feindlichen Bahnhöfe, Barackenlager und Flugplätze. Gestern nahm die Fluatätigkeit auf beiden Seiten zu. Die Gefechte verliefen in hohem Grade zu unseren Gunsten. Sie waren die heftigsten seit Beginn des Krieges. Fortgesetzte Gefechte großer Geschwader, zeitweilig mehr als 30 Flugzeuge. 14 deutsche Flugzeuge wurden zum Absturz gebracht, drei fielen innerhalb unserer Linien nieder, 16 wurden zum Niedergang außerhalb unserer Reichweite gezwungen, ein anderes durch Abwehrfeuer abgeschossen. Neun unserer Flugzeuge werden vermißt.

Russischer Bericht vom 12. Juli. Westfront: Im Laufe des 11. Juli entwickelten sich die Unternehmungen am Dnjestr und an der Lomnica weiter. Nach erbittertem blutigen Kampfe wurde der Feind aus der Stadt Kalucz vertrieben, die von unseren Truppen besetzt wurde. Westlich von Bohorodczany an der Front Grabarka—Rożulna—Kriwitsch hält der Feind unter Ausnutzung des sehr gebrochenen Geländes unsere Offensive auf. An der übrigen Front ist die Lage unverändert. — Rumänische und Kaukasus-Front: Keine Veränderung der Lage.

Die Bedeutung der Ukraine für uns.

Von P. Fr., d.

Nach einer, dem Führer der österreichischen Ruthenen zugegangenen Drahtung soll die von Eingeweihten seit einiger Zeit vorausgesehene und erwartete Unabhängigkeitserklärung der Ukraine endlich erfolgt sein.

Die weit über die Grenzen Rußlands hinausgehende Bedeutung dieses Ereignisses ist auch für uns von nicht zu unterschätzendem Wert. Es ist für uns, kurz gesagt, ein ebenso großer unblutiger Sieg, wie es für Rußland eine schwere, in das ganze wirtschaftliche Leben des Riesenreiches tief einschneidende Niederlage ist. Es befreit uns von schweren Zukunftssorgen, denn eine von den reichsten wirtschaftlichen Hilfsquellen gespeiste Ukraine wird ein ganz anderes Gegengewicht gegen den russischen Imperialismus bilden, als der schwächliche, schon in der Wiege mit dem Marasmus seiner Ahnen erheblich belastete neue polnische Staat, der nach Absicht der ihn schaffenden Staatsmänner dieses Gegengewicht sein sollte. Der Drang Rußlands nach dem Westen, einer der gefährlichsten Reibungspunkte mit den Zentralmächten, wird durch ein ukrainisches Schwarzes Meer naturgemäß eingedämmt werden, denn der Hauptbewegarund, die Notwendigkeit der Ausfuhr des überschüssigen südrussischen Getreides durch die Meerengen fällt weg. Ein ukrainischer Imperialismus, der anstelle des großrussischen treten könnte, ist in absehbarer Zeit nicht zu befürchten. Politisch wird sich durch die Lostrennung der Ukraine von Rußland — es ist zwar anzunehmen, daß beide Staaten vorläufig wenigstens, in bundesstaatlichem Verhältnis zueinander bleiben werden — mit der Zeit ein größerer Antagonismus als während der erzwungenen Assimilation der letzten Jahrhunderte, entwickeln, der Rußland eine ganz freie Hand für seine bisherige agressive Politik lassen wird. Noch schwerer fällt die wirtschaftliche Schwächung Rußlands ins Gewicht. Nicht weniger als 9/10 der gesamten russischen Getreideausfuhr, nicht weniger als 60 Prozent der ganzen Weizenproduktion lieferte die Ukraine, sie erzeugte 88 Prozent des russischen Zuckerkontingents, 68 Prozent seiner Eisenerze und war mit 70 Prozent an der Kohlenförderung des Reiches beteiligt. Über 30 Millionen Stück Großvieh ergab die Zählung im Jahre 1908. Günstige klimatische Bedingungen, mäßige und dabei warme Frühjahrsregen, die die humusreiche, schwarze Erde vor Trockenheit bewahrt, machen die Ukraine zu einem der ertragreichsten Gebiete de Erde. Es schien denn auch nahezu widersinnig, eine große Nation von 22½ Millionen Seelen mit 80 Prozent sprachlich und anthropologisch einheitlicher Bevölkerung in geographisch äußerst günstigem, geschlossenem Gebiet — vom San bis zum Kuban — in einen anderen Staat eingeschaltet zu wissen, ihre wirtschaftlichen Reichtümer mit einer anderen Nation teilen zu sehen. Die Knute allein schien freilich den russischen Machthabern nicht stark genug, um dieses lebenskräftige, von der Natur auch geistig reicher als das großrussische Brudervolk bedachte Volk in Knechtschaft zu halten. Seine ältere und höhere Kultur sollte vernichtet werden, denn nur „der Helote ist des Griechen Diener". Zwei Jahrhunderte lang ist die Ukraine von ihren Bedrängern beherrscht und vorbedacht in geistige Nacht gewiegt worden. Noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts — erzählen westeuropäische Historiker — hatte fast jedes Dorf der Ukraine seine Schule; heute verzeichnet die Statistik 80 Prozent Analphabeten — die Früchte russischer Verwaltung als Dank dafür, daß nur durch die Vereinigung der Ukraine mit dem moskowitischen Großfürstentum das russische Riesenreich mit seinem unersättlichen Landhunger entstehen konnte.

Die militärische Schwächung Rußlands bei einer wahrscheinlichen früheren oder späteren Heeresfolgabiage der Ukraine braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Der unverhältnismäßig starke Anteil der Ukraine an der Militärmacht Rußlands ist in ziemlich weiten Kreisen bekannte. Die Ukraine bringt mit allen Aufgeboten der Rechtswehr nahezu ⅓ (zwischen 29 und 31 Prozent) der gesamten russischen Heeresmacht auf. Dabei bleibt ein großer Teil der Ukrainer länger in der Reserve als im übrigen Rußland. Die aus eigenen Mitteln glänzend ausgerüsteten Kosaken — jeder Mann, buchstäblich jeder Mann, denn sie dienen ausnahmslos freiwillig vom Jünglings- bis zum Greisenalter, erst in der Linie, dann in der Reserve und zum Schluß, solange sie noch die Pike halten können, in der Landwehr (die bei den Kosaken die Reichswehr ersetzt) rückt mit eigenem Pferd und Waffen aus — waren bekanntlich bisher die besten und kriegsgewohntesten Truppen des Reiches, wie sie früher jahrhundertelang die stärksten und zuverlässigsten Stützen des Zarismus und der Monarchie waren. Auch sie haben sich in der russischen Revolution ebenso überraschend schnell, wie ihre großrussischen Waffenbrüder der neuen Regierung angeschlossen. Nicht zum Heile der letzteren. Denn das letzte, feste Band, das sie und die ganze Ukraine mit dem übrigen Rußland verband, wurde dadurch zerrissen.

Die Befreiung Rußlands von der Knechtung durch den Zarismus war gleichzeitig der erste Schritt zur Befreiung der Ukraine von der Knechtung durch Rußland.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 14. Juli. (WTB.) Amtlich. Kaukasusfront: Die feindliche Patrouillentätigkeit, sowie das gegenseitige Artillerie- und Infanteriefeuer war an mehreren Stellen der Front lebhafter als bisher. Stärkere feindliche Abteilungen, die bis Kos el Basal und Abu Saljun vorgingen, zogen sich gegen Abend wieder zurück. Am 12. Juli wurden nur feindliche Erkundungskompagnien beobachtet. Schweres feindliches Artilleriefeuer richtete sich auf die Gegend von Gaza.

Frankreich.

Genf, 14. Juli. (KG.) „Petit Journal" meldet: Im Heeresausschuß ist die Regierungsvorlage eingegangen nach Ergänzung der französischen Mannschaftsbestände für das Jahr 1918. Die Vorlage sieht sowohl allgemeine Nach- wie Neumusterung vor.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Zur bevorstehenden Brotrationierung in Frankreich schreibt die „Liberté": In keinem andern Lande ist das Brot so sehr, wie bei uns, die Hauptnahrung, in gewissen Gebieten und an bestimmten Tagen sogar die einzige Nahrung. Eine Broteinschränkung bei den Bauern und Arbeitern bedeutet nicht nur eine Herabsetzung ihrer Kraft, sondern (Zensur lücke). Der Artikel schließt: Rührt nicht an das Brot! Keine Regierung in Frankreich hat das je gewagt.

England.

London, 13. Juli. (WTB.) Reuter: Munitionsminister Addison äußerte einem Ausfrager gegenüber: Nicht weniger als 1000 Fabriken sind jetzt mit der Herstellung von Flugzeugen beschäftigt. Die Erzeugung nimmt sprunghaft zu. Sie ist jetzt dreimal so groß wie vor einem Jahr und im Dezember wird sie doppelt so groß sein wie im April. Die monatliche Erzeugung von Flugzeugmotoren ist schon in diesem Jahre mehr als verdoppelt und sie wird innerhalb des Jahres sich nochmals verdoppeln.

London, 13. Juli. (WTB.) Der Ernährungsminister hat jeglichen Handel mit Getreide der Ernte 1917 verboten, ebenso mit Kartoffeln, ausgenommen die frühesten Sorten. Alle bisher abgeschlossenen Kaufverträge werden für nichtig erklärt, ausgenommen die besonders genehmigten.

Österreich-Ungarn.

Wien, 13. Juli. (WTB.) Der Immunitäts-Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm einen Antrag an, das Mandat des von einem Militärgericht verurteilten slovenischen Abgeordneten Grafenauer als infolge der Amnestie wieder aufgelebt zu betrachten und Grafenauer zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses wieder zuzulassen.

der deutschsprachigen Presse e.V.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Amtlich. Abends.
Im Westen tagsüber lebhafter Feuerkampf in der westlichen Champagne.
Im Osten bei Regen geringe Gefechtstätigkeit, auch südlich des Dnjestr nur russische Teilangriffe, die abgewiesen wurden.

✦

Berlin, 14. Juli. (WTB.) In Flandern nahm das feindliche Artilleriefeuer am 13. Juli auf der ganzen Front gegen Mittag zu und steigerte sich gegen Abend und in der Nacht. Besonders heftig war das feindliche Feuer in der Gegend von Lombartzyde, Dixmuiden, Langermark und Wytschaete. Die deutschen Batterien antworteten erfolgreich. In Nieuport wurden zwei große Explosionen beobachtet. Zwei feindliche Beobachtungsballons wurden zum Niedergehen gezwungen. Von 7 Uhr abends ab lag schweres feindliches Feuer, das sich mehrfach zu Trommelfeuer steigerte, auf unseren neuen Stellungen von der Küste bis Lombardtzyde. Um 11 Uhr abends brachen englische Sturmkolonnen bei Lombardtzyde vor. Der Angriff blieb jedoch unter erheblichen feindlichen Verlusten in unserem Sperrfeuer liegen. Das daraufhin einsetzende starke feindliche Vergeltungsfeuer wurde von uns energisch erwidert. Die eingebrachte Beute bei dem Angriff unserer Marine-Infanterie an der Küste erhöht sich auf 40 Maschinengewehre. Die Fliegertätigkeit war in Flandern dauernd außerordentlich rege. Ein aus neun Flugzeugen bestehendes feindliches Geschwader wurde von einer unserer Jagdstaffeln vernichtet. Nur zwei feindliche Flugzeuge vermochten die feindlichen Linien zu erreichen, sind aber anscheinend abgestürzt. Sechs Flugzeuge wurden abgeschossen und eines zur Landung gezwungen. Ein um 2 Uhr 30 vormittags gegen Brügge gerichteter feindlicher Fliegerangriff blieb erfolglos, ebenso Angriffe, die in der Nacht auf den 14. auf Ortschaften, Bahnhöfe und Flugplätze hinter unserer Front stattfanden. In der gleichen Nacht bewarfen unsere Flieger feindliche Munitionslager bei Steewerk-Beverek mit Bomben. Im Munitionslager am Bahnhof Beverek brach ein großer Brand aus.

Auch an der übrigen Westfront war neben den gemeldeten Kampfhandlungen die Fliegertätigkeit sehr lebhaft. Unsere Flugzeuge bombardierten feindliche Lager westlich von Arras und griffen in der Nacht zum 14. Juli abermals feindliche Batterien und Scheinwerfer mit Bomben und Maschinengewehren an. Ferner bombardierte unser Nachtgeschwader die Industrieanlagen von Dombasle, Neuve-Maison, Pompey-Dieulouart. Feindliche Bombenabwürfe im Suippetal auf Eisenbahnen und Ortschaften hinter unserer Front, auch in der Gegend von Metz, verursachten nur stellenweise geringen Sachschaden.

Von der Ostfront ist ergänzend zu melden, daß ein um 1 Uhr mittags gegen unsere Stellungen beiderseits Nowica matt vorgetragener russischer Angriff in unserem Feuer erstickte. Das im Raum von Brzezany zeitweise starke Feuer flaute in den Abendstunden wieder ab. Im Ludowa-Gebiet, beiderseits des Oitoz- und Stanictales lebhafteres feindliches Störungsfeuer und vereinzelte Patrouillentätigkeit.

An der Donau bei Prislava und Tulcea schwaches Postenfeuer. In Mazedonien nur stellenweise lebhafteres Feuer. Am Wardar endete ein Patrouillengefecht für uns erfolgreich.

Englische Bomben auf belgische Ortschaften. London, 14. Juli. (WTB.) Die Admiralität gibt bekannt: Der Marineluftdienst führte Bombenunternehmungen gegen folgende Ziele aus: in Nieuwmunster gegen den Flugplatz, in Ghistelles gegen den Flugplatz und den Eisenbahnknotenpunkt nördlich vom Bahnhof Thourout, in Brügge gegen den Dock-Kanal, die Bank, gegen Walden und den Eisenbahnknotenpunkt im Süden von Ostende und den Hafen. Die Sicht war im allgemeinen schlecht, die Beobachtung der Ergebnisse schwierig. Die Solvay-Werke in Zeebrügge wurden ebenfalls mit Bomben belegt und die dortige Mole angegriffen. Im ganzen wurden mehrere Tonnen Bomben abgeworfen. Alle Flugzeuge kehrten unversehrt zurück.

Andauernde kritische Lage hinter der Front. Bern, 13. Juli. (WTB.) Petersburger Sonderdrahtungen Londoner Blätter lassen erkennen, daß die russische Offensive bisher wenig getan hat, um die Lage hinter der Front zu bessern. Sie bleibt andauernd kritisch. Der Sonderberichterstatter der „Daily News" bezeichnet als hoffnungsvolles Zeichen die Wahl Tscheidzes zum Präsidenten des Hauptausschusses des nunmehr auseinandergegangenen allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter; ferner die angestrebte und teilweise durchgeführte Vereinigung von zahlreichen sozialistischen Gruppen zu einer geschlossenen Partei. Als Anzeichen weiterer Unzufriedenheit bezeichnet er dagegen die Meuterei des ersten Maschinengewehr-Regiments, als es den Befehl, gewisse Geschütze an die Front zu bringen, mit der Drohung beantwortete, die vorläufige Regierung zu stürzen, die volle Anarchie in Kronstadt und die schwierige Lage in Finland. Anscheinend hat die finische Regierung auf das Verlangen des Arbeiter- und Soldatenrates auch die Beteiligung an den Kriegsanleihen gefordert, daß Finland als Bürgschaft dafür den russischen Telegraphen, Regierungsgebäude, sowie Ländereien erhalte. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters der „Daily News" haben die Finen es abgelehnt, russischen Soldaten und Matrosen gegen Rubel Waren zu verkaufen, was zu einem Aufruhr führen könne. Die Kleinrussen weigerten sich, in anderen als ukrainischen Truppenteilen zu dienen, was zur Zeit ganz undurchführbar sei. Die Extremisten fahren fort, die ungebildeten Massen gegen die Weiterführung des Krieges aufzuwiegeln. Anarchistische Agitatoren forderten die Männer in Kronstadt auf, die in Petersburg in Haft befindlichen Anarchisten zu befreien. Der Ausschuß für Marinereformen stellte seine Arbeiten ein, da die Delegierten der Mannschaften in Reval und Helsingfors mit den Ausschußbeschlüssen über Sold und Kriegsgerichte unzufrieden gewesen und abgereist seien.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 14. Juli. (WTB.) Amtlich wird verlautbart:

Östlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Kalucz kam es gestern zu mehrfachen Kämpfen. Die Gefechtslage ist unverändert. Nördlich des Dnjestr trat an mehreren Stellen der galizischen Front und in Wolhynien beiderseits die Artillerie stärker in Tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Küstenland und an der Tiroler Front mäßiges Geschützfeuer. Staatsfeldwebel Kiß schoß bei Levico im Luftkampf sein 6. italienisches Flugzeug ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Der Seekrieg.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Das verloren gegangene britische Schlachtschiff „Vanguard" gehörte zu den neuesten Typs. Mit seinem Verlust steigen die Gesamtverluste der Entente an Kriegsfahrzeugen seit Beginn des Krieges außer Hilfskreuzern auf 263 mit einer Gesamtwasserverdrängung von 926 585 Tonnen, davon allein auf England 160 Fahrzeuge mit zusammen 656 660 Tonnen. Die gesamten Kriegsschiffsverluste der Entente übersteigen somit den Bestand der amerikanischen Kriegsflotte zu Kriegsbeginn bereits um etwa 17 000 Tonnen.

Basel, 14. Juli. (KG.) Die „Morgenpost" meldet, die britische Admiralität habe infolge der zunehmenden Tauchboottätigkeit auf dem Weltmeere eine Anzahl wichtiger Seefahrgebiete als Kriegszone erklärt, was eine Sperrung bisher dem neutralen Handel offenstehender, weiterer Schiffswege zur unmittelbaren Folge haben werde.

Rotterdam, 14. Juli. (KG.) Der „Manchester Guardian" schreibt, das erste Drittel des Juli habe noch keinen Rückgang der versenkten Tonnage für England gebracht. Zweifellos sei die Lage so, daß sie mit Worten und Versprechungen nicht mehr abgetan werden könne. Mit der Tauchbootfrage ständen auch die angekündigten wichtigen Erklärungen Lloyd Georges im Unterhause in ursächlichem Zusammenhang.

Rotterdam, 13. Juli. (WTB.) Die „Neue Rotterdamsche Courant" befaßt sich in einem Leitartikel mit der äußerst schwierigen Lage, in die die holländische Schiffahrt durch die neue englische Absperrmaßregel in der Nordsee gekommen ist. Das Blatt weist darauf hin, daß England durch seine Verfügung vom November 1914 zuerst damit begonnen habe, ganze Meere für die neutrale Schiffahrt zu sperren. Deutschland sei mit seinem U-Bootskriege nur dem englischen Beispiel gefolgt. Auch die Wirkungen der Proteste Hollands an die beiden Länder seien verschieden gewesen. Die britische Regierung habe, als sie die später von Deutschland befolgte Methode, ganze Meere für den Verkehr unsicher zu machen, einleitete, den Protest Hollands einfach ignoriert, während die deutsche Regierung doch Holland soweit entgegengekommen sei, daß sie das gefährliche Gebiet einschränkte und eine sichere Fahrrinne zugestanden habe.

Ein englischer Truppentransportdampfer versenkt. London, 14. Juli. (WTB.) Reuter meldet: Die Admiralität teilt mit, daß der britische Transportdampfer „Armadale" mit einer geringen Anzahl von Truppen an Bord am 27. Juni im Atlantischen Ozean versenkt wurde. 6 Soldaten, 1 Passagier und 4 Mann von der Besatzung werden vermißt.

Amerika.

Washington, 13. Juli. (WTB.) „Central News" melden: Die Ausfuhrbeschränkungen sollen demnächst auch für Baumwolle gelten.

Washington, 13. Juli. (WTB.) Die amerikanischen Eisenbahnen haben ihren Vertretern im ganzen Lande telegraphiert, daß die Ausfuhrsperre für alle in dem Erlaß Wilsons genannten Waren unverzüglich durchgeführt werde, abgesehen von besonderen Ausfuhrbewilligungen.

Amerikanische Versprechungen. Berlin, 13. Juli. (T. d. A.) Immer wieder sucht Amerika seine wundergläubigen russischen Bundesbrüder durch phantastische Zahlen und unsichere Zukunftswechsel zu födern. So versprach Senator Root (laut „Nowoje Wremja") dem Moskauer Kriegsindustrie-Ausschuß: Amerika wird 10 Millionen seiner Söhne zur Verteidigung der Freiheit in Amerika einberufen. In nächster Zeit werden 500 000 Mann nach Europa abgefertigt und später dieselbe Zahl. So werden allmählich die amerikanischen Truppen nach Europa herüberkommen. Die amerikanische Flotte vernichtet in den europäischen Gewässern (wann?, wo?) die deutschen U-Boote. In nächster Zeit führt Amerika die russische Bestellung auf 500 Lokomotiven und 10 000 Wagen aus. Sagen Sie uns nur, was Sie brauchen, und wir kommen Ihnen zu Hilfe!

Rußland.

Helsingfors, 14. Juli. (WTB.) Petersb. Telegr.-Agent. Die dritte Lesung und Abstimmung der Gesetzesvorlage betr. die neuen Staatsgrundgesetze Finlands findet Dienstag an Stelle von Samstag statt. In Rücksicht auf die große Wichtigkeit, die die Sozialdemokratie der Abstimmung beimißt, wurde beschlossen, daß an diesem Tage alle Arbeiter feiern.

Rotterdam, 14. Juli. (WTB.) Nach dem „N. R. C." meldet „Daily News" aus Petersburg, daß bei den Gemeinderatswahlen in Moskau die Kadetten nur 10 Prozent der Stimmen erhalten haben, die Sozialrevolutionäre aber mehr als die Hälfte.

Griechenland.

Athen, 13. Juli. (WTB.) Die Regierung hat dem König einen Erlaß über die Einberufung der im Mai 1915 gewählten Kammer unterbreitet.

Das Schicksal der Griechen in der Türkei. Konstantinopel, 14. Juli. (WTB.) Da die holländische Gesandtschaft mit Rücksicht auf die große Zahl der in der Türkei lebenden Hellenen und wegen des unzureichenden Personalstandes der holländischen Gesandtschaft sich außerstande erklärte, den Schutz der Hellenen in der Türkei zu übernehmen, wandte sich die Athener Regierung nach hier eingetroffenen Meldungen an die persische Regierung. Die persische Regierung möge die hiesige persische Gesandtschaft anweisen, vorläufig den Schutz der Hellenen zu übernehmen, bis der abgereiste griechische Gesandte die Frage der Übernahme des Schutzes der griechischen Interessen in Bern mit der dänischen Regierung gelöst habe. Die persische Regierung hat diesen Vorschlag nicht angenommen.

Spanien.

London, 14. Juli. (WTB.) König Alfons äußerte sich gegenüber dem Madrider Korrespondenten des „Daily Expreß", Spanien müsse bis Kriegsende neutral bleiben. Nach den Erklärungen Ribots und Lloyd Georges sei es ihm unmöglich, seine Dienste als Vermittler anzubieten.

Friedenserörterungen.

T.-d. A. **Die Aussicht eines deutschen Friedensangebots.** In welcher Verzerrung sich noch immer das Bild der allgemeinen Kriegs- und Friedenslage in den englischen Köpfen malt, zeigt ein Leitartikel des „Scotsman", wo es heißt: Aus den in Glasgow und Dundee gehaltenen Reden Lloyd Georges kann der Feind die Entschlossenheit der Regierung und Völker Großbritanniens und des Verbandes ersehen, durchzuhalten, ob der Sieg nun bald oder später kommen mag. Der Kampf zieht sich schon in die Länge, aber die Verantwortlichkeit trifft nicht den Verband. Hier und dort mögen die Friedensfreunde in den Verbandsländern darauf hingewiesen haben, daß der Verband morgen den Frieden haben könnte, wenn er nur wollte, das weiß jedermann und auch Lloyd George leugnet es nicht ab. Ein solcher Friede würde aber ein deutscher Friede sein. Die ganze Schwierigkeit liegt darin, daß Deutschland sich an den Wahn klammert, in Verhandlungszimmern wieder zu gewinnen, was es auf dem Schlachtfelde zu verlieren im Begriffe ist. — „Daily News" schreibt: „Augenblicklich hat sich ein merkwürdiger Gedankenmischmasch aller Köpfe bemächtigt. Alles spekuliert auf die russische Offensive. Dann folgen die Aussichten auf einen Schlag an der Westfront. Ferner ist eine beständig wiederkehrende Frage ob man auch wirklich auf dem Wege ist, der U-Bootsdrohung Herr zu werden. Damit zusammenhängend, fragt man sich immer wieder, welches in Wirklichkeit die Lage in Deutschland ist, ob ihm wohl jetzt die reifende Ernte die Mittel an die Hand geben wird, um durchzuhalten. Besteht irgend eine Hoffnung, daß Rumänien zur rechten Zeit losschlägt und zwar mit gewaltiger Kraft, um zu verhindern, daß seine Ernte in die deutschen Scheunen wandert? Trägt die Gärung in Österreich den Keim der beginnenden Auflösung in sich? Alle diese Fragen gipfeln in der einen Sorge: Besteht irgendwelche Hoffnung, daß der Krieg in diesem Jahre zu Ende geht? Es ist nicht zu verkennen, daß ein großer Wechsel stattgefunden hat, der seinen Ausdruck in dem ständig wachsenden Wunsch nach einem gemäßigten, aufbauenden und dauernden Frieden findet. Nicht als ob die Spannkraft des Volkes nachgelassen hätte, oder daß man kurz vor dem Endsiege stehen bleiben will, aber die Glaubenslehre des rein expansiven Imperialismus hat noch nie so abgewirtschaftet wie heute. Daß dem so ist, kann man nicht nur an allen Straßenecken, sondern auch im Schützengraben hören."

Das Friedensprogramm der Reichstagsmehrheit.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Die Mehrheit des Reichstages, die sich zusammensetzt aus den Fraktionen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Elsaß-Lothringer, eines Teiles der Deutschen Fraktion und einzelner Mitglieder anderer Fraktionen hat sich auf folgendes Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstage zur Beschlußfassung vorlegen wird. (Wir haben bereits in Nr. 495 den Text dem wesentlichen Inhalte nach mitgeteilt. D. Red.)

Wie am 4. August 1914, gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht." Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit für die Versehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und **Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwickelung gesichert ist.** In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Berlin, 14. Juli. (KG.) Die unabhängigen Sozialdemokraten beschlossen, wie uns gemeldet wird, die Abgabe einer separaten Friedenserklärung in der bevorstehenden Plenarsitzung des Reichstages.

Zum Kanzlerwechsel.

Berlin, 14. Juli. („Köln. Volksztg.") Die Besprechung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generalquartiermeisters Ludendorff mit den Parlamentariern, an der, wie bereits gemeldet, die Zentrumsabgeordneten Dr. Mayer-Kaufbeuren und Erzberger teilnahmen, dauerte über eine Stunde und befriedigte die Teilnehmer vollkommen.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: In Fortsetzung der gestern im Generalstab stattgehabten Unterhaltung zwischen dem Generalstabschef von Hindenburg, dem General Ludendorff und den Führern der Reichstagsfraktionen fand heute auf Veranlassung und in Gegenwart des neuernannten Reichskanzlers Dr. Michaelis eine zwanglose Aussprache mit den Vertretern des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten bei dem Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich statt. Für morgen ist eine Aussprache mit den Vertretern anderer Parteien in Aussicht genommen.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Der sächsische Ministerpräsident Graf Vitzthum von Eckstädt weilte am 14. Juli dienstlich in Berlin.

Bern, 14. Juli. (WTB.) „Petit Parisien" schreibt: Wenn wirklich das gleiche Wahlrecht angenommen und die Zahl der Abgeordneten nach der Zahl der Bevölkerung festgesetzt würde, würde die Mehrheit des Landtages wahrscheinlich an die Sozialdemokraten übergehen. Im allgemeinen bleibt die Lage Deutschlands verwirrt, für die Zukunft kann man aber keine Voraussage wagen. „Debats" sagt: Man spricht noch nicht von einem allgemeinen Wahlrecht; es kann mancherlei Einschränkungen unterworfen werden, ferner wird es erst nach dem Kriege in Kraft treten. Über die Konservativen schreibt das Blatt: Sie stehen am Anfange ihrer Leiden, vielleicht sind sie erst in ihrer Eigenliebe bedroht, bald aber werden sie es an ihrem eigenen Lebensquell sein. Sie wollten Deutschland russifizieren und die Welt germanisieren; das erste gelang ihnen, für das andere werden sie den Bankrott anmelden müssen. „Echo de Paris" hebt hervor, daß zum erstenmal der neue Parlamentsblock bei der Abstimmung seine Existenz bekräftigt habe.

Berliner Blätterstimmen.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Das „Berl. Tagebl." schreibt: Herr von Bethmann Hollweg geht. Diese Tatsache ist wenigstens nicht mehr zweifelhaft. Wir glauben, daß das Entlassungsgesuch, das er eingereicht hat, bereits angenommen ist. Der Reichskanzler, der Herrn v. Bethmann Hollweg ablöst, muß durch seine Person und sofortige Tatsachen die Gewähr dafür bieten, daß er entschlossen ist, den Verständigungsfrieden vorzubereiten und der Volksvertretung das volle Recht der Mitregierung, Mitverantwortung und Kontrolle zu verleihen.

Die „Deutsche Tagesztg." schreibt: Lange genug hat der Alp seiner (Bethmann Hollwegs) Unfähigkeit das deutsche Volk am Atemholen verhindert. Die Erstickungsgefahr war nicht mehr fern. Wie der bisherige Kanzler trotz seines Wortes „freie Bahn jedem Tüchtigen" eben mit seiner Person diese Bahn versperrte, so stand er auch trotz allen eigenen Friedensbedürfnisses sehr im Wege, auf dem der Friede dahinschreiten muß.

Nach der „Germania" dürfte die Entscheidung über Herrn von Bethmann Hollwegs Nachfolger kaum in 24 Stunden getroffen werden können, denn selbstverständlich muß er nun zugleich klare Bahn für alle die Fragen bringen, die uns seit Jahr und Tag in steigendem Maße beschäftigen, fast möchte man sagen, auseinandergebracht haben, natürlich nur äußerlich, da die innere Geschlossenheit, der Wille des deutschen Volkes, den Krieg auf alle Fälle zu einem glücklichen Ende zu bringen, davon unberührt und ungeschmälert ist.

Der „Börsenkurier" sagt: Die Nachricht von der Annahme seiner Demission durch den Kaiser ist zwar noch nicht bestätigt, aber die Vorgänge der letzten Tage, die Haltung der Reichstagsparteien und die Stimmung im Lande lassen sie so berechtigt erscheinen, daß an ihr kaum noch gezweifelt werden kann.

Nach der „Börsenzeitung" geht deutlich aus der gestern erfolgten Vertagung hervor, daß Herr von Bethmann Hollweg den Reichstag gegen sich hat. Man wolle erst den Verlauf der Dinge abwarten, bevor man an die Erledigung der so dringenden Angelegenheit geht.

In einem „Reichswende" überschriebenen Artikel erklärt zum Schluß der „Vorwärts": Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, alle ihre Kräfte hinzugeben, um gemeinsam mit einer künftigen Regierung das Reich im Innern zum freisten Staate der Welt auszubauen und zugleich die Tragbalken für einen dauernden Weltfrieden zu zimmern.

Nach der „Voss. Ztg." wurde gestern in parlamentarischen Kreisen die angebliche Absicht der Regierung erörtert, unter gewissen Umständen die Personalunion zwischen dem Kanzlerposten und dem des preußischen Ministerpräsidenten aufzuheben. Als zukünftiger preußischer Ministerpräsident sei Herr von Loebell genannt worden.

Deutsches Reich.

⊡ **Berlin**, 14. Juli. (Eig. Meldung.) Der Kronprinz ist in der vergangenen Nacht 11 Uhr 25 vom Bahnhof Friedrichstraße nach dem westlichen Kriegsschauplatz abgereist.

Berlin, 14. Juli. (WTB.) Der Fünfzehner-Ausschuß des Reichstages zur Mitwirkung an der Ausführung des Vaterländischen Hülfsdienstgesetzes erörterte heute bei Besprechung der Kohlenfrage die Ursachen von Bergarbeiterstreiks. Während die Rechte die in Oberschlesien vorgekommenen Streiks auf die Verhetzung der Belegschaften zurückführte, erblickten die Sozialdemokraten den Grund in Versammlungsverboten und in der Maßregelung von Ausschußmitgliedern. Verschärfend komme die Knappheit und Teuerung des Gemüses hinzu. Der Chef des Kriegsamtes erkannte die schlechte Lage der Gemüseversorgung an und versprach, nach Möglichkeit auf eine Besserung hinzuwirken. Die Beschwerden aus Oberschlesien seien Schlichtungsausschüssen überwiesen worden. Das Kriegsamt sei bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen den Zechenbesitzern und Gewerkschaften zu erleichtern.

Wirtschaftsleben und Lebensmittelversorgung.

Die Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter. Essen (Ruhr), 13. Juli. Die vier Bergarbeiter-Organisationen richteten an das Kriegsernährungsamt eine längere Eingabe über die Lebensmittelversorgung. Sie fordern schleunigste Heranschaffung der rumänischen Zufuhren in das Industriegebiet und die vorzugsweise Belieferung der Arbeiter mit Frühkartoffeln oder Ersatzmittel. Der Ernst der Stunde gebiete im Interesse der Ruhe und Aufrechterhaltung der Kohlenförderung ein schnelles Durchgreifen.

Über die Ernteaussichten äußerte sich der Präsident des Kriegsernährungsamtes in seiner Reichstagsrede am 10. Juli folgendermaßen: Ich möchte zum Schluß feststellen, daß die jetzigen Schwierigkeiten mit dem Frischgemüse nur vorübergehende sind, daß das neue Wirtschaftsjahr im August einsetzt, und daß die Aussichten für dieses keineswegs so schlechte und trübe sind, wie es mir in der letzten Zeit wiederholt als Ansicht begegnet ist. Ich kann im vollen Bewußtsein der mir obliegenden Verantwortung erklären, daß wir nach menschlichem Ermessen einer Brotgetreideernte entgegensehen, die so gut sein wird wie die des Jahres 1915, wo wir glatt ausgekommen sind. Den schlechten dürren Gegenden stehen weite Bezirke gegenüber, wo die Ernte besser als 1915 ist. Die Ernte 1916 schien ja glänzend, hat uns jedoch schwer enttäuscht; wir hielten sie für weit besser, als es sich nachher herausstellte. Die Ernte 1915 hat schlechte Aussichten geboten, schließlich aber auch genügt, und deswegen können wir, was Brot anlangt, der nächstjährigen Versorgung mit voller Ruhe entgegensehen. Die Kartoffelernte wird, soweit man es jetzt voraussagen kann nach dem Stande der Felder, erheblich besser werden als im Jahre 1916; es liegt keinerlei Grund zu der Annahme vor, daß wir wieder eine so schwere Mißernte haben werden. Damit sind die beiden Hauptgrundlagen für die Ernährung gegeben. **Unsere Viehbestände haben sich trotz der starken Abschlachtungen nicht wesentlich vermindert**, die [illegible] also in dem durch die Futterknappheit bedingten Umfange weiter völlig gesichert.

Aus der Stadt.

Münster, 15. Juli.

Aus dem Militär-Wochenblatt. Verliehen wurde der Charakter als Oberstabsarzt: ✱ Dr. Bunsmann, Stabsarzt der Res. a. D. (Münster). Befördert zu Oberärzten: die Assistenzärzte der Reserve ✱ Dr. Henssen, Ernst, (Münster) bei der Maschinen-Gewehr-Abteilung 10, ✱ Heyder, Otto, ✱ Bönninghaus, Paul (Münster). Ernannt: zum Assistenzarzt der Res.: ✱ Baumeister, Wilhelm, Feldhilfsarzt (Recklinghausen); für die Dauer ihrer Verwendung im Kriegssanitätsdienste zu Feldhilfsärzten: die nichtapprobierten Unterärzte (Feldunterärzte) ✱ Schilgen, Karl (Coesfeld), ✱ Bette, Heinrich (Recklinghausen), ✱ Gehrig, Richard (Münster), ✱ Rickmann, Ludger (Coesfeld), ✱ Egen, Alfons (Münster), beim 1. Batl. Füs.-Regts. 90, ✱ Maier, Fritz (Münster) beim Inf.-Regt. 13, ✱ Rasche, Bernard, ✱ Termeer, Heinr. (Münster), ✱ Beerens, Moritz, ✱ Hocks, Karl, ✱ Schauerte-Lücke, Gottfried (Coesfeld), ✱ Augustin, Eugen (Lingen), dieser beim Feldart.-Regt. 45, ✱ Schröder, Theodor (Lingen), ✱ Bartscher, Albert, ✱ Brinkmann, Wilhelm (Münster), dieser beim Füsilier-Regt. 36, ✱ Pieke, Heinrich, ✱ Struckmann, Leopold, ✱ Schneider, Otto, ✱ Weissing, Anton, ✱ Wiese, Franz (Münster), ✱ Lochtkemper, Joseph (Recklinghausen).

Personalveränderungen im Geschäftsbereiche der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Münster. Ernannt: Der Postsekretär ✱ Brinckmann aus Göttingen zum Ober-Postsekretär in Rheine i. W. Übertragen: eine Vizepostdirektorstelle dem Postinspektor ✱ Rohlfs in Münster i. W.; Telegraphensekretärstellen dem Telegraphensekretär ✱ Molitor aus Dortmund in Münster i. W., und dem Telegraphensekretär ✱ Dittus aus Karlsruhe (Baden) in Recklinghausen; Bureaubeamtenstellen 2. Kl. bei der Ober-Postdirektion dem Telegraphenassistenten ✱ Barth und dem Postassistenten ✱ Stüper in Münster i. W. Versetzt: Der Ober-Postsekretär ✱ Eichler von Münster i. W. nach Magdeburg, der Postsekretär ✱ Buschmeier von Haltern i. W. nach Münster i. W., der Ober-Postassistent ✱ Schmitz von Gronau i. W. nach Münster i. W. und der Postassistent ✱ Bemmer von Münster i. W. nach Gronau i. W. Etatsmäßig angestellt: der Telegraphenassistent ✱ Bergmann in Münster i. W. und ✱ Daldrup aus Gronau i. W. in Münster i. W. Verliehen der Charakter als Ober-Postsekretär: dem Postsekretär ✱ Dingerdissen in Münster i. W., der Charakter als Postsekretär: den Ober-Postassistenten ✱ Horstmann in Recklinghausen und ✱ Ribbehege in Münster i. W., dem Postverwalter ✱ Otting in Mettingen i. W. und den Postassistenten ✱ Bruns in Burgsteinfurt, ✱ Hammer und ✱ Böjer in Münster i. W.; der Titel Ober-Postassistent: den Postassistenten ✱ Matz in Dülmen, ✱ Micke in Ochtrup und ✱ Freitag in Gladbeck i. W.; der Titel Ober-Telegraphenassistent: dem Telegr.-Assistenten ✱ Barckhaus in Beckum. In den Ruhestand treten: die Postmeister, Rechnungsräte ✱ Althaus in Werne (Bezirk Münster) und ✱ Rinsche in Herten i. W., der Oberpostsekretär, Rechnungsrat ✱ Leth in Rheine i. W. und der Postmeister Gröne in Lüdinghausen. Gestorben sind: der Ober-Postkassenbuchhalter, Rechnungsrat ✱ Hüsemann in Münster i. W., der Postmeister ✱ Büscher in Osterfeld (Westf.) und der Ober-Postassistent ✱ Cyink in Münster (Westf.).

○ **Leichenfund.** Die Leiche der seit einigen Tagen vermißten Frau eines hiesigen Bürgers wurde gestern nachmittag aus der Werse bei Pleistermühle gelandet.

Vom Standesamt. Sterbefälle. 13. Juli. Arbeiter Heinrich Kreienkamp, 62 J. — Sohn des Schreiners Friedrich Hüjer, 2 J. — Berufslose Maria Rylisi, 21 J. — Ehefrau Gertrud Watermann geb. Bussen, 48 J. — Karussellbesitzer Hermann Fr[illegible]rich, 70 J. — 14. Lehrer Johannes Kinnebrock, 57 J. — Ehefrau Gertrud Lowens geb. Termühlen, 42 J.

✦

Mitteilungen des städtischen Kriegsausschusses.

Sonntag erste Hälfte der Magermilchkundenliste.
Montag zweite Hälfte der Magermilchkundenliste.
Butter-, Kartoffel- und Gemüseverkauf von 8—12 und 2½—7 Uhr.

In der Verkaufsstelle Servatiiplatz für die Nrn.:
1—1500 am Montag
1501—3300 am Dienstag
3301—5100 am Mittwoch
5101—6900 am Donnerstag
6901—9200 am Freitag
vormittags von 8—12 Uhr u. nachm. von 2½—7 Uhr

In der Stadthalle Neubrückenstraße für die Nrn.:
1—1300 am Montag
1301—2600 am Dienstag
2601—3900 am Mittwoch
3901—5200 am Donnerstag
5201—6700 am Freitag
vormittags von 8—12 Uhr u. nachm. von 2½—7 Uhr

In der Verkaufsstelle Göbenstraße für die Nrn.:
1— 900 am Montag
901—1900 am Dienstag
1901—2900 am Mittwoch
2901—3900 am Donnerstag
3901—5100 am Freitag
vormittags von 8—12 Uhr u. nachm. von 2½—7 Uhr

In der Verkaufsstelle Kreuzstraße für die Nrn.:
1— 800 am Montag
801—1600 am Dienstag
1601—2500 am Mittwoch
2501—3400 am Donnerstag
3401—4500 am Freitag
vormittags von 8—12 Uhr u. nachm. von 2½—7 Uhr

In der Verkaufsstelle Warendorfer Straße für die Nrn.:
1— 500 am Montag
501—1000 am Dienstag
1001—1600 am Mittwoch
1601—2200 am Donnerstag
2201—2900 am Freitag
vormittags von 8—12 Uhr u. nachm. von 2½—7 Uhr

Kopfmenge 62½ Gramm.

In der Verkaufsstelle Goebenstraße Heringsverkauf. Bezugsmenge für je 3 Personen 1 Hering, Preis 40 Pfennig je Stück.

Servatiiplatz Eierverkauf. Kopfmenge 2 Eier, Preis 28 Pfennig Stück.

In dieser Woche werden 2 Pfund Frühkartoffeln abgegeben. Als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln gelangt ½ Pfund Brot zur Ausgabe. Die Schwerarbeiter erhalten als Zulage 2 Pfund Frühkartoffeln und ¼ Pfund Brot. Haushaltungen, die noch Kartoffeln vorrätig haben oder selbst Frühkartoffeln ernten, sind nicht bezugsberechtigt. Der Preis der Kartoffeln beträgt 20 Pfennig je Pfund. Es handelt sich fast nur um ausländische Kartoffeln. Hiesige Kartoffeln werden nur in ganz unerheblichen Mengen angeliefert. Der Preis hält sich weit unter dem Einkaufspreise, so daß die Stadt ganz erhebliche Summen zusetzen muß. In vielen anderen Städten sind die Preise bedeutend höher. Sobald hiesige Kartoffeln in größeren Mengen zur Anlieferung kommen, wird eine Senkung des Kartoffelpreises stattfinden. Brotkarte, Nährausweiskarte, Warenkarte, Fettkarte, Eierkarte, Kleingeld und Einwickelpapier mitbringen!

Der Gemüseverkauf an den städtischen Verkaufsstellen ist nicht an die Innehaltung der Butter- und Kartoffelverkaufsnummern gebunden. Gemüse kann daher von den Haushaltungen, solange der Vorrat reicht, nach Belieben jeden Tag gekauft werden.

Sauerkraut gelangt ebenso wie das Gemüse jeden Tag ohne Einhaltung der Nummern an alle Haushaltungen zur Ausgabe. Kopfmenge 1 Pfund. Brot- und Warenkarte mitbringen.

Nach der Verordnung des Magistrats vom 7. ds. Mts. dürfen Frühkartoffeln von den Verbrauchern nur an den städtischen Verkaufsstellen entnommen werden. Kartoffelerzeuger dürfen Kartoffeln nur an die Stadt, nicht aber unmittelbar an die Verbraucher absetzen. Käufer und Verkäufer machen sich bei Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen strafbar. Es liegen bereits verschiedene Anzeigen vor, die zur gerichtlichen Strafverfolgung abgegeben werden. Weiterhin findet genaue Kontrolle statt.

Von Montag ab gelangen auf Kundenliste und Warenkarte zur Abgabe für den Kopf 200 Gr. Kunsthonig (Pfund 55 Pf.), 100 Gr. Haferfabrikate — Haferflocken, Hafergrütze, Hafermehl — (Pfund 44 Pfg.), 100 Gr. Weizengrieß (Pfund 28). Feld 71 der Warenkarte ist zu löschen. Für den Kunsthonig sind Gefäße mitzubringen.

Der Zucker für den Monat Juli wird von Montag ab zum Verkauf freigegeben. Kopfmenge 750 Gr.

Der Kaufmann Melchior Schmitz, Overbergstraße 14, ist mit einer Buße belegt worden, weil er den Zucker für den Monat Juli in seiner Filiale Heisstraße vorzeitig verkauft hat.